Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 61 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 2000.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Dienstag, den 27. März 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 40.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 150.— Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 100.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichstag vertagte sich auf den 11. April, der preußische Landtag auf den 17. April.

* Reichskanzler Dr. Cuno hielt in Stuttgart eine Rede über die Unmöglichkeit neuer deutscher Verhandlungsangebote. Dann reiste der Kanzler nach Berlin zurück.

* Die deutschvölkische Partei hat gegen das Verbot durch den preußischen Minister Severing Protest eingelegt.

* Die Rheinlandkommission hat eine neue Verordnung zum Schutz der abtrünnigen Deutschen erlassen.

* In der französischen Kammer erklärte der Kriegsminister Maginot, daß die Regierung genötigt sei, die Truppenstärke im Ruhrgebiet demnächst um 20 000 Mann zu erhöhen.

Ruhig und zuversichtlich.

Aus Berliner politischen Kreisen wird uns geschrieben: Wenn eine politische Aktion längere Zeit im Gange ist, so pflegt es im modernen Staate zwischen Parlament und Regierung ähnlich herzugehen wie im Kriege zwischen Heeresleitung und politischer Leitung. Man weiß, wie bitter sich Bismarck über die „Zugeknöpftheit" des Generalstabes, d. h. also des ihm sonst als Mensch so nahestehenden alten Moltke, beschwert hat. Während des Weltkrieges haben wir dasselbe Schauspiel in allen am Kampfe teilnehmenden Staaten gesehen und — zu unserem Unheil — nicht zuletzt bei uns selbst. Diese Spuren sollten schrecken. Aber bekanntlich ist die menschliche Natur wenig geneigt, aus schlechten Erfahrungen zu lernen. So erhebt sich denn von Zeit zu Zeit immer wieder der Wunsch, nach den Worten zu verfahren: „Zwar weiß ich viel, doch möcht' ich alles wissen!" Und wenn auch sonst noch die Umstände darauf hinzuweisen scheinen, dann richtet jeweils eine Partei an die Regierung die Forderung, daß sie vor der zuständigen parlamentarischen Instanz „zur Lage sprechen möge", wie der technische Ausdruck lautet. Wir haben kürzlich an Frankreich gesehen, zu welch tragikomischen Folgen das dann manchmal führt, als Poincaré bei Gott nichts Erfreuliches aus dem Ruhrgebiet zu berichten wußte und doch absolut reden sollte.

Wenn nun auch Ende voriger Woche die deutschen Sozialdemokraten den Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses gefordert haben, so lag anders als im Fall Poincaré weder bei Dr. Stresemann, dem Vorsitzenden des Ausschusses, noch bei der Regierung der geringste Grund vor, diesem Wunsche zu widersprechen. Nur war man sich in allen politischen Lagern (und vermutlich nicht zuletzt auch gerade bei der Sozialdemokratie selbst) klar darüber, daß bei der Debatte wenig herausspringen kann, und zwar nicht, weil irgend etwas zu verheimlichen ist, sondern weil die Situation sich naturgemäß nicht binnen kurzer Zeit verändert haben kann, und weil Dr. Cuno unmittelbar vor seiner Abreise nach München noch mit den Parteiführern, also auch mit den Sozialdemokraten, eingehend über die Lage gesprochen hatte. Man darf deshalb auch vermuten, daß bei der V. S. P. D. mehr der Gedanke vorherrscht, daß eine Kommission der internationalen Sozialisten auf dem Wege nach Berlin oder dort schon eingetroffen ist. Diese Kommission soll mit den deutschen Sozialdemokraten über die Aussichten einer eventuellen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich verhandeln. Vielleicht will man deshalb vorher in dem für den Wochenanfang einberufenen Ausschuß noch hören, wie die Reichsregierung sich die weitere Entwicklung denkt. Außerdem scheint es, als ob die Sozialdemokratie eine gewisse Mißstimmung gegen den Außenminister Dr. von Rosenberg hegt, ohne daß man zunächst näher wußte oder, sagen wir besser, genauer nachprüfen wollte, worauf sich diese Mißstimmung begründet. Indessen, selbst wenn für die Sozialdemokratie solche Erwägungen maßgebend gewesen sind, so hat auch hier der Reichskanzler bereits in seiner Stuttgarter Rede alles Nötige gesagt. Er hat dort von dem dritten Stadium gesprochen, in das der Kampf an der Ruhr getreten sei, und daß es Verrat an den Brüdern im Ruhrgebiet wäre, wenn wir die Waffe des passiven Widerstandes eher aus der Hand geben, als bis der Gegner abgezogen ist und wirklich zu Verhandlungen bereit ist.

So hat auch der Abg. Dr. Stresemann die Situation soeben in einer bedeutsamen Rede gekennzeichnet, in der er die Ruhraktion „die größte politische Enttäuschung Frankreichs" nannte. Das ist sie in der Tat, und das ist auch der Eindruck in der ganzen Welt. Aber daß in Frankreich endlich aus dieser Enttäuschung auch die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden, dazu tragen parlamentarische Besprechungen nicht das geringste bei, sondern allein die ruhige Zuversicht und der feste Wille des Volkes, dem die Arbeiterschaft an der Ruhr ein so schönes Vorbild ist. Dr. Stresemann hat mit Recht auch darauf verwiesen, daß der durch Frankreich herbeigeführte Wirrwarr in England und Amerika seinen Einfluß auszuüben beginne. Die Aufgabe Deutschlands bleibt deshalb, diesen Eindruck zu verstärken, bis man überall einsieht, daß wir für eine gerechte Sache fechten und dabei die Wohlfahrt Europas und der Welt gegen den französischen Imperialismus wahren. Deutschland hat schon jetzt erreicht, daß Frankreich unter dem Druck seiner „großen politischen Enttäuschung" erkennt, daß Deutschland kein willenloses Objekt seiner Ausbeutungs- und Vernichtungsgier ist. Frankreich muß mehr und mehr Deutschland als einen ebenbürtigen und gleichberechtigten Verhandlungspartner einschätzen lernen, und das ist mehr, als selbst kühne Optimisten noch vor 10 Wochen jemals gehofft hatten. In dieser Erkenntnis aber können und müssen wir auf der bisherigen Linie ruhig und zuversichtlich weiterschreiten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Herabsetzung der Kohlensteuer am 1. April.

Halbamtlich wird nun auch gemeldet, daß die Kohlensteuer ab 1. April d. J. wahrscheinlich um ein Viertel herabgesetzt werden wird, und daß außerdem Aussicht besteht, bei den Kohlensyndikaten des unbesetzten Deutschland auch den eigentlichen Kohlenpreis etwas zu senken. Der Reichskohlenverband hat seine Mitglieder zur Beschlußfassung hierüber auf Dienstag, 27. d. M., eingeladen.

Das Arbeitszeitgesetz im Reichswirtschaftsrat.

Die zur Beratung des Gesetzentwurfes eingesetzte Kommission hat einen Kompromißantrag ausgearbeitet. Beide Berichterstatter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bezeichnen das Kompromiß als annehmbar. Das Washingtoner Abkommen sei nicht ratifiziert worden. Daher könnten bis zu zwei Stunden über den Achtstundentag hinaus festgesetzt werden, wenn die Verrechnung zugunsten der Arbeitnehmer in angemessener kurzer Zeit erfolgte. In der weiteren Aussprache wurden von Arbeitnehmern starke Bedenken gegen das Kompromiß geäußert. Es wurde eine klare Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats zum Achtstundentag gefordert. Nach längerer Debatte wurde in der Abstimmung der Antrag auf Annahme des ganzen Entwurfes angenommen.

Der Smeets-Attentäter verhaftet.

Karl Deutzmann, der den Anschlag auf den Sonderbündler Smeets ausgeführt hat, ist von der Kölner Polizei in Köln festgenommen worden. Er leugnet vorläufig noch, die bei der Tat anwesenden Zeugen haben ihn aber bestimmt als Täter wiedererkannt, so daß er als überführt gelten kann. Deutzmann ist 1895 in Ohligs geboren, er wurde wegen verschiedener anderer Straftaten gesucht. Zwei weitere Personen sind wegen dringenden Verdachts der Mittäterschaft bzw. wegen Begünstigung des Verbrechens verhaftet worden.

Kommunistischer Terror im Ruhrgebiet.

In der Stadt Rotthausen sind schon seit einer Woche kommunistische Hundertschaften in Tätigkeit getreten. Sie ziehen durch die Straßen und verprügeln Angehörige anders denkender Parteien, machen Märsche und Exerzierübungen in den Straßen. Die Mehrzahl von ihnen trug Hemdblusen in grüner Farbe.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Durch die Annahme des amerikanischen Gesetzes über die Freigabe deutschen Vermögens bis zu 10 000 Dollars im einzelnen Fall ist der Irrtum entstanden, daß es schon jetzt möglich oder geboten erscheint, die Ansprüche anzumelden. Dies ist nicht der Fall, bevor die Ausführungsbestimmungen erlassen sind. Solange die amtlichen Vordrucke und Vollmachten, deren Benutzung in den Ausführungsbestimmungen vorgeschrieben werden wird, nicht veröffentlicht sind, ist jeder Antrag zwecklos und wird ohne weiteres zurückgesandt. Es muß deshalb vor einem solchen Verfahren, das nur unnütze Kosten macht, dringend gewarnt werden. Fristen laufen zurzeit nicht.

„Up ewig ungedeelt."

Aus Anlaß der 75. Wiederkehr des Tages, an dem die Freiheitsbewegung Schleswig-Holsteins im Jahre 1848 ihren Anfang nahm, hielt bei einem großen Festakt im Rathause der Stadt Kiel der preußische Ministerpräsident Braun eine Rede, in der er ausführte: Mögen hier wie im gesamten deutschen Vaterlande die Worte des Präsidenten der in den Märztagen 1848 errichteten provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins, Beseler, auch fernerhin starken Widerhall finden, „daß nur im Boden des großen Vaterlandes das Glück der einzelnen deutschen Lande wurzelt". Die Rede klang aus in das Gelübde der Treue zu Reich und Land: „Schleswig-Holstein und Preußen, Preußen und das Reich, das ganze deutsche Vaterland frei und up ewig ungedeelt!" — Reichspräsident Ebert hat in gleichem Sinne einen Aufruf und Reichskanzler Dr. Cuno ein Telegramm an die Schleswig-Holsteiner gesandt.

Nur noch zwei Kriegsorganisationen.

Der im Jahre 1920 aus Vertretern des Reichstages, des Reichsrates und der Reichsregierung gebildete Ausschuß zur Prüfung der Kriegsorganisationen hielt seine Schlußsitzung ab. Der Ausschuß erklärte seine Tätigkeit als abgeschlossen. Der Abbau der Kriegsgesellschaften ist praktisch beendet. Es bestehen nur noch zwei Stellen, deren wirtschaftliche Aufgaben bisher noch nicht zum Abschluß gelangt sind: die Überwachungsstelle für Ammoniakdünger und phosphorsäurehaltige Düngemittel und die Reichsgetreidestelle, mit zusammen rund 1500 Angestellten.

Frankreich.

× **Lärm und Schlägerei in der französischen Kammer.** Die französischen Kommunisten haben in der Kammer in Paris einen schweren Sturm entfesselt, indem einer von ihnen dem Ministerpräsidenten Poincaré vorwarf, er befinde sich in der Gewalt des Nationalisten Daudet, und dieser habe von früher her Mittel in der Hand, auf Poincaré einen erpresserischen Druck auszuüben. Poincaré nannte in höchster Wut den kommunistischen Angreifer einen Schuft und Lügner. Es entstand ein Riesentumult, der zu Schlägereien zwischen links und rechts führte, so daß die Sitzung zweimal unterbrochen werden mußte. Politisch sind solche Radauszenen natürlich völlig bedeutungslos. Die von der Regierung verlangten Kredite wurden selbstverständlich trotzdem mit großer Mehrheit bewilligt.

Aus In- und Ausland.

Rom. Der Papst hat den päpstlichen Hausprälaten Msgr. Tosta an die Saar und die Ruhr entsandt, um festzustellen, ob mit dem in diesen Gebieten eingetretenen Verhältnissen kirchliche Notstände entstanden sind.

Rotterdam. Infolge der Ruhrbesetzung ist der Handel von Rotterdam auf 30 % des ursprünglichen Handels zurückgegangen, 30 000 Arbeiter sind erwerbslos geworden.

Vertagung des Deutschen Reichstages

(327. Sitzung.) CB. Berlin, 24. März.

Über die Ernährungsfragen sprach gestern abend noch in später Stunde der Ernährungsminister Dr. Luther bei der Behandlung des Haushaltsplanes seine Verwaltung. Der Minister sagte, daß wir uns in chronischem Krankheitszustand befänden. Auf dem Lande habe sich der Konsum an Fett und Milch kaum wesentlich geändert, desto mehr in den Städten. Das Fehlen der Kaufkraft hindert weite Volkskreise, die vorhandenen Lebensmittel zu erfassen. Die Brotversorgung ist bis tief in den Sommer hinein gesichert. Im Ruhrgebiet sei im großen und ganzen die Ernährung gesichert. Die Getreidewirtschaft betrachte die Regierung als das wichtigste. Die Stabilisierung der Mark sei heute eine Tatsache. Der Umlagegetreidegedanke sei verbraucht. Mit Aussicht auf Erfolg könne er nicht wiederholt werden. Bei der Verbilligung der Preise müsse die Belastung auf den Besitz gelegt werden.

4,5 Milliarden Kosten der Rheinlandbesetzung.

Heute liegt dem Hause eine Denkschrift über die Geschichte der rheinischen Besetzung vor, die Reichsschatzminister Dr. Albert als beredten Rückblick auf die verursachten Schädigungen empfiehlt. Die Besatzungskosten beliefen sich auf 4,5 Milliarden Goldmark ungerechnet die Kosten für die Kommissionen. Diese Beträge hätten viel besser zugunsten der Gläubiger verwandt werden können. Zum Vergleiche sei bemerkt, daß unser Heeresetat in den letzten vier Jahren zusammen knapp 3,5 Milliarden betragen habe. Redner gibt alsdann Zahlen über die dem Friedensvertrag entsprechende Masse der Truppen und über die unerhörten Anforderungen an Materiallieferungen, Wohnungen und Gebäuden für Übungszwecke und Flugplätze. Die Rheinlandkommission zählt allein 1300 Köpfe, die untergebracht werden müssen. Was die angeblichen Verstöße Deutschlands gegen den Friedensvertrag betrifft, so beweist die Denkschrift, daß

die ganze Besatzung eine ununterbrochene Kette von Verstößen gegen den Friedensvertrag

bedeutet. Ein ehemals blühendes Land ist aus seinem wirtschaftlichen Zusammenhang gerissen und ein Opfer des Militarismus geworden. Er entspricht der Überspannung des militärischen Geistes in Frankreich, wenn das ganze Verhalten mit der Gefahr der militärischen Sicherheit Frankreichs begründet wird. (Beifall.)

Nach kurzer Debatte wird das Gesetz über die Abänderung des Tabaksteuergesetzes in dritter Lesung unter Ablehnung kommunistischer Anträge angenommen.

Haushalt des Ernährungsministeriums.

Abg. Döbrich (D. Volksp.) betont die Bereitwilligkeit der Landwirtschaft, die Produktion zu fördern, ist aber mit dem Minister der Ansicht, daß die Bestimmungen über die Umlage verbraucht seien. Die vom Minister geforderte Reserve findet seine Zustimmung. Das Märchen von den Riesengewinnen der Landwirtschaft sei eben ein Märchen. Zwangsmaßnahmen könnten die Produktion nicht mehren. Die Milchproduktion hänge von der Einfuhr ausländischer Futtermittel ab, nicht von Zwangsvorschriften. Mit dem sozialdemokratischen Stickstoff-Austausch-Antrag sei in der Praxis nichts anzufangen.

Abg. Herrmann (Dem.) schließt sich dem Appell des Vorredners, die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu begraben, an. Die kleineren und mittleren Besitzer seien dazu durch die Mißernte des letzten Jahres in die Unmöglichkeit versetzt worden, die Umlage aufzubringen. Zudem sei infolge der mangelhaften Düngung während der Kriegsjahre der Ertrag zum Teil auf über 50 % gegenüber 1913 zurückgegangen, dazu kam der Zwang, der die Produktion behinderte. Darum fordere er die unbehinderte freie Wirtschaft.

Abg. Lang (Bayer. Volksp.) schließt sich den Klagen über die traurige Lage der kleineren und mittleren Landwirte an, denen die schlechte Ernte des Vorjahres alle Hoffnungen geknickt habe. Kein Wunder, daß sich unter diesem Zwange die Anschauungen über die Getreideumlage geändert hätten. Allgemein werde jetzt freie Wirtschaft gefordert.

Abg. Heidemann (Komm.): Die Reden des Ministers und der bürgerlichen Parteien begegnen im Lande der größten Entrüstung, da sie nur das Geständnis der Ohnmacht und keine Zusicherungen über Steigerung der Produktion, Verbilligung der Preise und Bekämpfung des Wuchers enthalten. Bezeichnend sei das Zugeständnis, daß der Krieg durch den Hunger verlorengegangen sei und daß man mit der Dolchstoßlegende zu brechen beginne.

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund) bemerkte, daß Bestimmungen über allerhand landwirtschaftliche Fragen von Leuten getroffen würden, die nicht einmal Saatkartoffeln von Speisekartoffeln unterscheiden könnten. Statt der schwierigen Lage der Landwirte gerecht zu werden, hackt man auf ihnen herum und ertötet den guten Willen, der doch für alle Leistungen die Vorbedingung sei.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte zu der Entschließung wegen der Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte, daß er mit ihr einverstanden sei. Es kann eine solche Verbilligung aber nur im Anschluß an ein bestehendes Gesetz eintreten, da für ein neues Gesetz die erforderliche Zeit zu lang sein würde.

Vor dem Beginn der Abstimmung bezweifelte Abg. Leutheuser (D. Volksp.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident Löbe erwiderte, daß er diese Frage bei der Abstimmung über den Antrag Gothein, die Entschließung über die Getreidekredit-A.-G. an den Ausschuß zurückzuverweisen, zur Entscheidung bringen werde. Bei der Abstimmung erschienen sämtliche Vertreter der bürgerlichen Parteien nicht wieder im Saale, sodaß insgesamt nur 143 Stimmen abgegeben wurden. Das Haus war somit beschlußunfähig.

*

Zweite und dritte Sitzung.

Mit Rücksicht darauf, daß auch heute die Beschlußunfähigkeit des Hauses absichtlich herbeigeführt worden war, setzte Präsident Löbe eine neue Sitzung mit der gleichen Tagesordnung 10 Minuten später an.

In der neuen Sitzung erklärte Abg. Dittmann (Soz.): Die Beschleunigung der Beratung des Ernährungshaushalts sei auf Wunsch der Rechten durchgesetzt worden. Heute habe dieselbe Rechte das Haus beschlußunfähig gemacht und dadurch die Entscheidung Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft unmöglich gemacht. Er beantragte nunmehr zu jedem einzelnen Antrage namentliche Abstimmung.

berge in Kähne zu kippen, die ja doch nur beschlagnahmt und nach dem Elsaß geführt worden wären. Der passive Abwehrkampf hat seine vollen Erfolge gezeitigt und wird trotz aller gegnerischen Rechtsbrüche unentwegt weitergeführt werden.

Protest der Deutschvölkischen.

Die Untersuchung im Fall Roßbach.

Die Führer der aufgelösten Deutschvölkischen Freiheitspartei haben im Reichstage zu dem Verbot des Ministers Severing Stellung genommen. Sie erklären, daß ein Verbot des preußischen Ministers des Innern deshalb der Rechtswirksamkeit entbehre, weil die Deutschvölkische Freiheitspartei nicht eine nur in Preußen verbreitete Organisation, sondern eine sich über das ganze Reich erstreckende politische Partei sei. In einem Telegramm an den Staatsgerichtshof haben die Abgeordneten Wulle, v. Graefe-Goldebee und Henning gegen das Verbot des Ministers Severing protestiert und eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes über diese Frage beantragt.

Die Untersuchung gegen die Deutschvölkischen und gegen Roßbach soll Aufklärung über gewisse Schriftstücke bringen, in denen sich die Bezeichnung V. K. K. findet. Die Polizei nimmt an, daß diese Bezeichnung die Abkürzung für „Völkische Kampf-Korps" ist. Die Ermittlungen in der Hochverratssache Roßbach und Genossen nähern sich ihrem Abschluß.

*

Hitlers Kuriere.

In Welda in Thüringen sind mehrere Kuriere der bayerischen Hitlergarden verhaftet worden, die von Hof aus die Thüringer Mitglieder der 34. Hundertschaft alarmieren sollten. Der Befehl lautete: „Heute, Sonnabend mittag 2 Uhr, Sammelpunkt Hof. Abmarsch nach unbekanntem Ziel." Die preußische Regierung hat unter diesen Umständen die Oberpräsidenten der Provinzen angewiesen, die Polizei ihrer Bezirke in eine erhöhte Alarmbereitschaft zu setzen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 27. März 1923.

☐ **Hohe Zuschläge bei unpünktlicher Steuerzahlung.** Bei der Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Umsatzsteuer tritt fortan im Falle eines nicht länger als drei Monate dauernden Rückstandes ein Zuschlag von 15 % monatlich und im Falle eines länger als drei Monate dauernden Rückstandes ein Zuschlag von 30 % monatlich ein. Wer also drei Monate mit seinen Steuern im Rückstande bleibt, hat schon 45 %, wer sechs Monate im Rückstande bleibt, 180 %, und wer ein Jahr rückständig bleibt, 360 % Zuschlag zum rückständigen Steuerbetrag zu zahlen. Der Zuschlag findet erstmalig auf diejenigen Steuern, welche vor dem 1. April 1923 fällig geworden und am 1. April 1923 noch nicht gezahlt waren, Anwendung. Jeder Steuerpflichtige wird daher in seinem eigenen Interesse schleunigst prüfen müssen, ob und mit welchen Steuern er noch im Rückstande ist. Der rückständige Steuerbetrag muß, wenn der Zuschlag vermieden werden soll, bis zum 31. März oder besser, da der 30. März Karfreitag und der folgende Tag (Ostersonnabend) Bankfeiertag ist, bis zum 29. März eingezahlt werden. Zu den Rückständen gehören auch die am 15. Februar, Mai, August und November 1922 und am 15. Februar 1923 geschuldeten und noch nicht bezahlten Vorausbezahlungen auf die Einkommensteuer. Ebenso fallen darunter die Lohnsteuerbeträge, die der Arbeitgeber einbehalten und nicht vorschriftsmäßig abgeführt hatte.

☐ **Diebstähle auf der Eisenbahn.** Die Diebstähle von Handgepäck aus den zur Abfahrt bereiten oder bereits fahrenden Zügen wollen nicht nachlassen; sie werden begünstigt durch eine gewisse Leichtfertigkeit der Reisenden, die ihre Koffer entweder unbeaufsichtigt im Abteil liegen lassen oder unbekannte Mitreisende bitten, auf ihr Gepäck aufzupassen. Jetzt sollen die Reisenden durch Aushänge auf den Bahnhöfen und in den Zügen auf die Diebstahlsgefahr nachdrücklich hingewiesen werden. Im fahrenden Zuge wird häufig, wenn die Reisenden in den Speisewagen gehen und ihr Gepäck ohne Aufsicht zurücklassen, das Gepäck entwendet. Um die Reisenden vor derartigen Diebstählen möglichst zu schützen, sind die D-Zug-Schaffner angewiesen worden, auf Wunsch der Reisenden, die ihr Abteil vorübergehend verlassen wollen, das Abteil abzuschließen. Dieser Schutz wird sich auch auf nächtlichen Reisen empfehlen, so daß Reisende, die allein in einem Abteil fahren und schlafen möchten, den Schaffner um Abschließung des Abteils ersuchen dürfen, um so vor Diebstahl, Beraubung oder Überfall geschützt zu sein. Eine Haftung für das in den Abteilen zurückgelassene Handgepäck übernimmt jedoch die Reichsbahnverwaltung in keinem Fall.

—* **Das Oberversicherungsamt in Arnsberg** hat den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter im Kreise Altena mit Wirkung vom 1. April 1923 ab neu festgesetzt. Er beträgt jährlich für die landwirtschaftlichen Arbeiter unter 16 Jahren 201500.— Mk., von 16—21 Jahren 353000.— Mk., über 21 Jahren 453500.— Mk., und für die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen unter 16 Jahren 151000.— Mark, von 16—21 Jahren 227000.— Mark, über 21 Jahren 302500.— Mark. Für Waldarbeiter beträgt der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst für männliche Personen unter 16 Jahren 302500.— Mark., von 16—21 Jahren 529000.— Mk., über 21 Jahren 680500.— Mk. und für Waldarbeiterinnen unter 16 Jahren 201500.— Mk, von 16—21 Jahren 302500 Mk., über 21 Jahren 378000 Mk.

—* Das Oberversicherungsamt in Arnsberg hat mit Wirkung vom 1. April 1923 ab die Ortslöhne neu festgesetzt. Sie betragen für männliche Arbeiter unter 16 Jahren 1200.— Mk., für männliche Arbeiter von 16—21 Jahren 2700.— Mk., für männliche Arbeiter über 21 Jahren 3600.— Mk., für weibliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren 900.— Mk., für weibliche Arbeiterinnen im Alter von 16—21 Jahren 2100.— Mk, und für weibliche Arbeiterinnen über 21 Jahren 2700.— Mk

—* Im Volmetal ist ein Streik ausgebrochen, weil die Arbeiterschaft die Ausdehnung des Schiedsspruches den der Reichs- und Staatskommissar für den Lüdenscheider Bezirk gefällt hatte, auf die Arbeiterschaft des Volmetales verlangte. Der Landrat ist um Vermittelung in dieser Streitfrage angegangen worden.

\+ **Halver,** 26. März. Am Staatsbahnhof ist am Samstag abend gegen 9 Uhr ein Kolliwagen erbrochen worden, derselbe hatte seinen Standort in der Nähe des Stellwerkes am Oesterberge, worin sich Kisten mit Schuhwaren befanden. Eine Kiste war dem Waggon entnommen, konnte aber von den Dieben anscheinend nicht fortgeschafft werden, weil sie durch die Bahnhofskontrolle gestört wurden. Die Täter sind leider unerkannt entkommen.

\+ **Halver,** 26. März. Spitzbuben haben in letzter Zeit einer Anzahl Bewohner des Ortes einen Besuch abgestattet. So ist in der Nacht von Freitag auf Samstag in das Bürohaus der Metallwarenfabrik Haurand, in dem der Prokurist H. Finnern seine Wohnung hat, ein Einbruch versucht worden. Der oder die Diebe haben sich mittels Dietrich Eingang ins Haus verschafft und haben sämtliche Kellerräume durchsucht. Am anderen morgen standen alle Türen des Kellers offen, soweit festgestellt werden konnte, ist nichts entwendet worden. — In derselben Nacht haben Diebe dem Wohnhaus des Fabrikanten Rud. Reitz einen Besuch abgestattet und Lebensmittel mitgenommen. Ebenfalls ist versucht worden, von der Hofseite aus in die Apotheke einzubrechen. Hierfind die Diebe jedoch verscheucht worden und mußten unverrichteter Sache wieder abziehen. — In derselben Nacht ist auch in der Rektoratschule eingebrochen und dem Rektor Clever Lebensmittel aus dem Keller geholt worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

= **Halver,** 26. März. Am Sonntag den 25. d. Mts. hielt die Nachbarschaft Halver eine gut besuchte Versammlung ab. Dieselbe wurde gegen 2½ Uhr vom 2. Vorsitzenden Albert Buchmann eröffnet und geleitet. Bevor er zur Tagesordnung überging, gedachte er der verstorbene Mitgliedern Frau Karl Krumme, H. Katthage, Frau Wwe. Plate und Wilh. Elbertshagen, ferner 2 Kinder von Mitgliedern. Das Andenken der Verstorbenen wurde durch Erheben von ihren Sitzen geehrt. Der 2. Schriftführer Hugo Dresbach ist inzwischen von hier verzogen, ebenfalls ist der 1. Kassierer Wilh. Dahlhaus von seinem Posten als Kassierer zurückgetreten. Es mußte deshalb eine Ergänzungswahl des Vorstandes vorgenommen werden. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis. Der Beisitzer Fritz Petri wurde zum 2. Schriftführer, an dessen Stelle trat Emil Fernholz als Beisitzer. Zum 1. Kassierer wurde Alfred Brüninghaus und zum 2. Kassierer Rob. Brocksieper gewählt. Punkt 1. der Tagesordnung, Festsetzung des Beitrages. Derselbe wurde auf 900 Mk. vierteljährlich festgesetzt. Innerhalb 8 Tage müssen die Beiträge bei Rob. Brocksieper entrichtet werden. Vom 3. April ab wird der Beitrag durch Brocksieper eingezogen und zwar mit 10% Aufschlag. Unter Punkt Verschiedenes fanden noch einige Sachen ihre Erledigung, sodaß der 2 Vorsitzende die Versammlung gegen ½5 Uhr schließen konnte.

† **Kierspe,** 26. März. Im Alter von beinahe 74 Jahren verschied gestern der Maschinenfabrikant Carl Bremicker zu Bremickerhof. Mit ihm ist eine markante Persönlichkeit dahingegangen, die jahrzehntelang in unserm öffentlichen Leben in leitender Stellung heraustrat. Besonders war es der Kriegerverein, an dessen Pflege er mit besonders großem Eifer und Erfolg gearbeitet, und bei mancher festlichen Gelegenheit wußte er mit natürlicher Beredsamkeit den vaterländischen Gedanken hochzuhalten. Etwa 45 Jahre gehörte er dem Vorstande an und war bis zu seinem Tode Ehrenvorsitzender des Vereins. Auch in der Gemeindevertretung, im Schulvorstande, im Sparkassen- und Kirchenvorstand ist er segensreich tätig gewesen. Ehre seinem Andenken.

Hagen, 26. März. Der Anstreichermeister Asbeck, der an den Folgen einer durch französische Kugeln erlittenen Verwundung gestorben ist, wurde am Samstag nachmittag unter Teilnahme von weit über 20000 Personen beerdigt.

Dortmund, 24. März. Bei dem Erschossenen, der auf dem Gelände zwischen Vorhalle und Volmarstein aufgefunden wurde handelt es sich um einen 24jährigen Arbeiter Karl Brachte, der sich auf der Wanderschaft von Stuttgart nach seiner Heimatstadt Bochum befand. Zwei Personen, die seine Begleiter waren, entfernten sich bei dem Herannahen der Soldaten.

Bielefeld, 23. März. Ein erschütternder Unglücksfall hat sich gestern abend in der achten Stunde hier zugetragen. Drei Kriminalbeamte wollten auf einer Straße im Innern der Stadt zwei wegen schweren Raubes gesuchte Verbrecher verhaften. Als diese nach entgegengesetzter Seite zu fliehen versuchten, gab einer der Beamten auf einen der Flüchtlinge einen Pistolenschuß ab, der jedoch nicht den Verbrecher, sodern ein gänzlich unbeteiligtes junges Mädchen in den Hals traf, sodaß es sofort tot war. Die Unglückliche, eine Angestellte der Post, befand sich auf dem Wege vom Dienst zu ihrer elterlichen Wohnung, als die tötliche Kugel sie traf.

Radevormwald, 26. März. In der Ortschaft Berg brannte ein mehrere hundert Jahre altes Wohnhaus fast vollständig nieder. Durch den Brand sind sechs Familien obdachlos geworden. Die Feuerwehr konnte nur noch die umliegenden Gebäude retten.

Cürten, 24. März. Die Jagdanpächter der hiesigen Gemeinde haben sich bereit erklärt, den 10fachen Pachtpreis zu zahlen.

Nah und Fern.

○ **Ausländer und deutsche Ärzte.** In der Berliner Medizinischen Gesellschaft sprach der Vorsitzende Prof. Dr. Kraus über die Schwierigkeiten, die kranken Ausländern von deutschen Behörden bei der Einreise nach Deutschland und bei der Verlängerung ihres Aufenthalts zu Behandlungszwecken bereitet werden. Das Vorgehen der Behörden schädige die seit dem Kriege ohnehin stark zurückgedrängte deutsche medizinische Wissenschaft auf das empfindlichste. Das Auswärtige Amt, bei dem Geheimrat Kraus vorstellig geworden ist, hat Abstellung etwaiger Mißgriffe zugesagt.

○ **Familientragödie.** In Berlin wurden der 73 Jahre alte Invalide Krieg, seine 66 Jahre alte Ehefrau und sein 33 Jahre alter Sohn in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Es wird vermutet, daß Krieg seine Frau und seinen Sohn nachts während des Schlafes durch einen mit Äther getränkten Wattebausch betäubt und dann die Gashähne geöffnet hat.

○ **Eine neue Entdeckung Einsteins?** Griechische Blätter wollen wissen, daß Professor Einstein auf seiner Heimfahrt von Japan eine neue Entdeckung gemacht habe. Es soll sich um den Zusammenhang von Schwerkraft und Erdmagnetismus handeln.

○ **Schauspielertagung.** In Leipzig sind die Delegierten der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger zu ihrer diesjährigen Tagung zusammengetreten. Der Verwaltungsrat der Genossenschaft hat den Plan zu einer großzügig angelegten Sterbeunterstützungskasse für Bühnenangehörige ausgearbeitet. Präsident Rickelt erklärte bei der Eröffnung der Versammlung, daß er bei der Regierung eine Eingabe zum Wiederaufbau des Wiesbadener Theaters machen werde.

○ **Wegen des Deutschlandliedes erstochen.** In München wurde im Verlauf eines Streites in einer Bierwirtschaft der Kaufmann Schalk von dem Schuhmacher Thoma getötet. Schalk hatte das Deutschlandlied spielen lassen wollen, wogegen Thoma unter Beschimpfungen Einspruch erhob. Als er daraufhin aus dem Lokal entfernt werden sollte, tötete er Schalk durch einen Stich in die Lunge.

○ **Dr. Eisenbart.** Ein radikales Mittel zur Beseitigung von Hühneraugen gebrauchte ein Landwirt, der in einem bei Varel in Oldenburg gelegenen Dorfe wohnt. Er hatte auf der kleinen Zehe des linken Fußes ein Hühnerauge, das ihn sehr plagte. Aus Wut über den unerwünschten „Zuwachs" nahm er Meißel und Hammer, setzte den Fuß auf einen Hackklotz und schlug sich die Zehe samt dem Hühnerauge ab. Mit einem Schweinsdarm verband er dann die Wunde. Ein sonderbarer Naturheilkundiger!

○ **Millionenunterschlagungen.** Im Schlawer Ein- und Verkaufsverein stellte man bei Prüfung der Geschäftsbücher fest, daß viele Millionen — wie es heißt, fast zehn — unterschlagen worden sind. Als Täterin wurde eine Buchhalterin verhaftet. Ob sie Helfershelfer gehabt hat, steht noch nicht fest.

○ **Die billige Urlaubsreise.** Zu einer billigen aber nicht erfreulichen Urlaubsreise ist, wie jetzt erst bekannt wird, ein Diätar D. von der Reichsbankstelle in Husum gekommen. Er weilte gerade in Berlin, als jene 13 Milliarden der Reichsbank, die dann von den Franzosen beschlagnahmt wurden, ins Ruhrrevier gingen. D. übernahm freiwillig die Begleitung des Geldes in der Absicht, auf diese Weise bequem und billig nach Köln zu kommen, wo seine Mutter wohnt. Die Franzosen aber nahmen nicht nur das Geld weg, sondern verhafteten auch die Begleiter, so daß D. seinen „Urlaub" absitzen mußte, und zwar zwölf Tage lang.

Kleine Nachrichten.

Die Auflösung des Reichsschatzministeriums.

Berlin. Das Reichsschatzministerium wird am 31. März 1923 aufgelöst. Von seinen Aufgaben übernehmen am 1. April 1923: a) das Reichsministerium des Innern: die Angelegenheiten der Abteilung für die besetzten Gebiete; b) das Reichsministerium der Finanzen: 1. das Reichsliegenschaftswesen, 2. das Reichsbauwesen, 3. Verwertungs- und Friedensvertragsangelegenheiten, 4. die Wahrnehmung der Rechte des Reiches als Aktionär der Vereinigten Industrieunternehmungen Aktiengesellschaft, c) das Reichswirtschaftsministerium: die elektrowirtschaftliche Gesetzgebung und sonstige wirtschaftlichen Aufgaben, insoweit sie nicht unter b) fallen.

Ein Alarmbefehl Severings.

Berlin. Wie der Amtliche preußische Pressedienst meldet, hat der preußische Minister des Innern Severing Sonnabend an die Oberpräsidenten folgendes Rundtelegramm geschickt: „Wegen drohender Unternehmungen radikaler Elemente erhöhte Alarmbereitschaft der Schutzpolizei überall anordnen. Ebenso ist größte Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei geboten. Erwarte gegebenenfalls schärfstes Zugreifen. Innenminister."

Das Aufgebot der preußischen Schutzpolizei.

Berlin. Große Überraschung rief die Nachricht hervor, daß der preußische Minister des Innern, Herr Severing, die gesamte preußische Schutzpolizei in Alarmbereitschaft versetzt hat. Sonnabend vormittag erhielt die Berliner Schutzpolizei den Befehl, sich bereit zu halten. Dieser Befehl ist erlassen worden, weil den zuständigen Stellen Mitteilungen zugegangen waren, die die Lage als im höchsten Maße bedrohlich erkennen ließen. Es soll bekannt geworden sein, daß die Nationalsozialisten die Absicht hegen, die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei nicht ruhig hinzunehmen, sondern sich gegen diese Verordnung zur Wehr zu setzen.

Keine Veränderung der Buchdruckertarife.

Berlin. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Das Zentralschlichtungsamt für das deutsche Buchdruckgewerbe hat durch Schiedsspruch die unveränderte Verlängerung der geltenden Tariflöhne beschlossen. Dieser Schiedsspruch ist von den vertragschließenden Organisationen angenommen worden.

Neue Verhaftungen durch die Franzosen.

Mainz. Hier wurden weiter verhaftet: Handelskammersyndikus Moßmann und der Leiter des Westdeutschen Depeschendienstes Heinz.

Felddienstübung der Münchener Sturmtrupps.

München. Von den in Berlin verbreiteten Gerüchten über Putschabsichten war in München weder an amtlichen Stellen noch sonstwo etwas bekannt. Möglicherweise gab eine Sonntag stattfindende sogenannte Felddienstübung der nationalsozialistischen Sturmtrupps Anlaß zu derartigen Gerüchten.

Staat und Kirche in Frankreich.

Paris. Wie man meldet, hat Poincaré einen Ausschuß von drei Juristen eingesetzt, der ein Gutachten in der Frage der Anerkennung der Kirche seitens des französischen Staates abgeben soll. Der Schritt sei durch den Druck inner- und außenpolitischer Vorgänge veranlaßt. Der Bericht der Juristen werde von der französischen Regierung dem Vatikan unterbreitet werden.

Erleichterung der Einwanderung in Amerika.

Paris. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington soll das Programm des Präsidenten Harding für die nächste Kongreßtagung u. a. auch eine liberalere Gestaltung der Einwanderungsgesetze vorsehen. Es scheine festzustehen, fügt das Blatt hinzu, daß die nächste Volkszählung einen relativen Verlust von 10 Millionen Menschen nachweisen werde, wenn die bestehende Regelung der Einwanderung nicht geändert werde.

Ein neuer amerikanischer Reparationsplan.

Rom. Auf der Sitzung des Kongresses der internationalen Handelskammern wurde von einem amerikanischen Bankier erklärt, eine amerikanische Anleihe für Deutschland, um dessen Wirtschaft wieder herzustellen und die Reparationen zu zahlen, könnte in Amerika aufgelegt werden, falls sie von den Alliierten verlangt würde. Dann wurde ein Antrag angenommen, der die Herabsetzung der Reparationsbeträge auf ein vernünftiges Maß und die Verknüpfung der Reparationen und der interalliierten Schulden verlangt.

Vermischtes.

Was ißt man am Gründonnerstag? „Komische Frage!“ wird mancher sagen, „man ißt, was man hat, wenn man überhaupt noch etwas hat.“ Gemach! — früher war das nicht so einfach, denn man mußte am „grünen“ Donnerstag, dem Donnerstag vor Ostern, unbedingt eine grüne Speise auf dem Tisch haben. Schon in Rollenhagens „Froschmäusekrieg“, der aus dem 16. Jahrhundert stammt, heißt es:

„Am grünen Donnerstag im Mai (!)
Kocht eine Bäuerin ihren Brei
Von neunerlei Kräuterlein,
Soll wider alle Krankheit sein.“

In Westfalen bereitete man früher zum Gründonnerstag die sog. „Regenstärke“, ein Getränk, an das neun (negen) verschiedene Frühlingskräuter kamen. Die grünen Kräuter, die man am Gründonnerstag zu sich nimmt, bringen nämlich Gesundheit und Reichtum. Berlin schwur auf Grünkohl, Süddeutschland mehr auf Spinat, den man in Bayern zu Spinatkrapfen verarbeitete. In Schwaben gab es Nudeln, mit grünen Kräutern gefüllt, und man nannte sie Maulschellen oder Laubfrösche. In Teilen Mecklenburgs, Pommerns, Schleswig-Holsteins aß man „zu“ dem Grünkohl Schweinskopf, womit nicht gesagt sein soll, daß sich der Berliner und der Süddeutsche am Gründonnerstag mit dem grünen Gemüse begnügten. Es ist ohne weiteres zu verstehen, daß man auch den Namen des Gründonnerstags von dem „grünen Essen“ hergeleitet hat. Die Kulturhistoriker meinen aber, man habe hier Ursache und Wirkung verwechselt: die Sitte, Grünes zu genießen, schreibe sich umgekehrt von der Benennung des Tages her.

▲ **Das Wort „Karwoche“ in seiner sprachlichen Bedeutung.** Man pflegt bei der Silbe „Kar“ in den Zusammensetzungen „Karfreitag“ und „Karwoche“ zunächst an das griechische „Charis“ (Gnade) oder an das lateinische „carus“ (teuer, lieb) zu denken. Es ist das wohl auch nicht ganz ohne Sinn, aber hinreichend begründet ist diese Ableitung doch nicht. So nimmt denn auch unser großer Sprachforscher Jakob Grimm an, daß das Wort deutschen Ursprungs sei; diese Annahme wird durch den Umstand gestützt, daß sich die mit „Kar“ zusammengesetzten Wörter nur im Deutschen finden. In Frankreich heißt der Karfreitag „vendredi saint“, heiliger Freitag, in England „Good Friday“, guter Freitag. Nun gibt es im Gotischen ein Wort „kara“, das „Klage“ bedeutet. Von ihm leitet Grimm die mit „Kar“ zusammengesetzten Wörter ab, und das dürfte wohl sinnvoller sein. Karwoche ist also die Klagewoche, die mit dem „Freitag der Klage“ und dem „Samstag der Klage“ schließt. Feierte man doch den Karfreitag als den Todestag des Heilands durch einen Klagegesang in der Kirche, und die „Woche der heiligen Beschwerde“, wie sie der Dichter Mörike nennt, pflegt auch sonst den Namen „Kreuzwoche“, „Stille Woche“, „Dunkle Woche“ und „Trauerwoche“ zu führen. Der Tag der Trauer um den Tod des Erlösers gehört übrigens zu den frühesten Feiertagen der Christenheit. Schon den ersten Christen war es Bedürfnis, den Tag, an dem Christus den Kreuzestod erlitten hatte, alljährlich seinem Andenken zu weihen. Seinem Datum nach fällt der Karfreitag freilich nur verhältnismäßig selten auf den wirklichen Todestag Christi, der, nach den astronomischen Berechnungen entweder der 3. oder der 7. April gewesen sein soll.

Börse und Handel.

Devisenkurse an der Berliner Börse, 24. März. Das Geschäft war etwas lebhafter, wesentliche Kursveränderungen traten aber nicht ein. Der Dollar 20 862,71, der französische Frank 1356,60 gegen 1369,06 am Vortage.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 24. 3. Weizen 40 000 bis 41 000, Roggen 38 000, Hafer 28 000—31 000, Gerste 30 000 bis 31 000 für 50 Kilogramm, Weizenmehl 105 000—115 000, Roggenmehl 95 000—105 000 für 100 Kilogramm, Raps 70 000—80 000, Rapskuchen 23 000—25 000, Kokoskuchen 28 000—29 000, Trockenschnitzel 10 000—12 000, Kartoffelflocken 16 000—17 500, Wicken 50 000—65 000, Ackerbohnen 30 000—35 000, Viktoriaerbsen 55 000—65 000, kl. Erbsen 40 000—45 000, Torfmelasse 13 000, Weizenkleie 18 000, Biertreber 20 000, Treber 19 000, Haferschalen 17 000, Haferkleie 16 000, Strohmehl 12 000, Palmkernschrot 18 000 für 50 Kilogramm ab Verladeort. Alles einschl. Verpackung.

* **Berliner Viehmarkt vom 24. März. Auftrieb: 1975** Rinder, 3210 Kälber, 4413 Schafe, 8551 Schweine, 31 Ziegen, 103 Schweine aus dem Memelgebiet und 23 Rinder aus Dänemark. Preise: Ochsen 110 000—200 000, Bullen 120 000 bis 170 000, Kühe 70 000—200 000, Kälber 110 000—280 000, Schafe 70 000—200 000, Schweine 220 000—276 000, Ziegen 110 000 bis 120 000 Mark. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig.

* **Schluß der Zeichnung auf die Dollaranleihe.** Die Zeichnung auf die Dollarschatzscheine des Reiches wurde Sonnabend, 24. März, geschlossen. Eine einigermaßen zutreffende Schätzung des Resultats läßt sich noch nicht geben, aber in den letzten Tagen sind die großen Zeichnungen stärker als vorher hervorgetreten.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Berliner Butternotierungen vom 24. 3.** Im Verkehr vom Erzeuger zum Großhandel notierten: Butter 1. Qualität mit 6000 Mark, 2. Qualität mit 5400—5600 Mark.

* **Kartoffelpreise in Berlin.** Die Berliner Kartoffelnotierungskommission notierte für weiße und rote Speisekartoffeln einen Großhandelspreis von 1800 Mark und für gelbfleischige Kartoffeln von 2100 Mark.

* **Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle am 24. 3. pro Pfund in Mark:** Rindfleisch 2200—3300, ohne Knochen 3400—4200, Kalbfleisch 2000—2800, Hammelfleisch 3000 bis 4200, Schweinefleisch 3500—4200, Schweinebauch 4300 bis 4400, Rückenfett 3800—4200, Rindertalg 2500—3200, Margarine 2400—3000, Butter 6400—7400; Eier pro Stück 320—360.

Arbeiter und Angestellte.

Gleiwitz. (Kein Generalstreik in Oberschlesien.) Die zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftsdelegierten vereinbarten Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit im oberschlesischen Industriegebiet wurden von der Bezirkskonferenz der Gewerkschaften angenommen. Mit der Vereinbarung ist für das erste eine Generalstreikgefahr in Oberschlesien beseitigt.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Beleidigung des Reichspräsidenten.** Der Staatsgerichtshof verhandelte gegen den Verleger und Hauptschriftleiter der Mitteldeutschen Presse in Staßfurt Hans Hottenrott wegen schwerer Beleidigung des Reichspräsidenten, der Mitglieder der Reichsregierung und des Oberbürgermeisters Scheidemann sowie wegen fortgesetzter Beschimpfung der republikanischen Staatsform. Die Straftaten sind in zahlreichen Zeitungsartikeln vor und nach Erlaß des Schutzgesetzes begangen worden und haben bereits dreimal ein Verbot der Mitteldeutschen Presse zur Folge gehabt. Der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von insgesamt zwei Jahren sechs Monaten sowie zu einer Geldstrafe von insgesamt 100 000 Mark verurteilt. Beantragt war eine Gefängnisstrafe von vier Jahren.

§ **Hochverräter vor dem Reichsgericht.** Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gegen Karl Schneider und Otto Niggetil aus Düsseldorf. Die beiden hatten einem französischen Werbebureau Pläne von Maschinengewehren usw. in die Hände gespielt. Schneider wurde zu fünf Jahren Zuchthaus, Niggetil zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Schütze August Werner und der Gefreite Wilhelm Stöcklin wurden zu vier Jahren Zuchthaus bzw. 2½ Jahren Gefängnis wegen Beihilfe verurteilt. — Vor dem 6. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich der Handlungsgehilfe Striewe aus Düsseldorf wegen Verrates militärischer Geheimnisse an die Franzosen zu verantworten. Der Angeklagte wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

§ **Das Urteil im Giftmischerinenprozeß rechtskräftig.** Aus Berlin wird berichtet: In dem Prozeß gegen die Frauen Klein, Nebbe und Riemer, die wegen Giftmischerei vor Gericht standen, ist das Urteil nunmehr rechtskräftig geworden, da der Staatsanwalt auf die Einlegung der Revision beim Reichsgericht verzichtet hat. Von der Einreichung des Gnadengesuches für die zu Zuchthaus verurteilte Frau Nebbe hat die Verteidigung Abstand genommen.

Dollarnotierung: unverändert.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Neufestsetzung der Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Mit Wirkung vom 1. März 1923 ist für den Landesfinanzamtsbezirk Münster i W. der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge für die Zwecke des Steuerabzugs vom Arbeitslohn wie folgt festgesetzt worden:

a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrmädchen und sonstige bezahlte weibliche Arbeitskräfte: täglich 1000 Mk., monatlich 30 000 Mk
b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen: täglich 1400 Mk, monatlich 42 000 Mk
c) für Angestellte, höherer Ordnung (z. B Aerzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Gutsinspektoren usw) täglich 1700 Mk., monatlich 51 000 Mk.

Diese Bewertung gilt für unverheiratete Lohnempfänger. Falls mehrere Familienmitglieder gemeinschaftlich Sachbezüge genießen, setzt bei Meinungsverschiedenheiten das zuständige Finanzamt die Werte fest

Lüdenscheid, den 15. März 1923

Finanzamt.
Dr. Plew, Regierungsrat.

Schulbücher
für die Volksschule und Rektoratschule
sind vorrätig in der
Buchhandlung von
Wilh. Bell jr., Halver.

Jede Dame liebt
ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und einen zarten, blendend schönen Teint. Alles dies erzeugt die echte
Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife von Bergmann & Co., Radebeul.
Zu haben bei: 2163
Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstraße
Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Bäuerl. Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Halver.
Auf Lager vorrätig:
schwefelsauren Ammoniak, Kainit.
Bestellungen von
Torf- und Futtergerste
werden entgegengenommen

Ia. Futtergerste und Saathafer
angekommen.
Ia. Back-Oel
hat abzugeben
Wilhelm Becker, Schnörrenbach.
Telefon Nr 214
Amt Meinerzhagen.

Statt besonderer Anzeige.



Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute morgen 11 Uhr unsern lieben, unvergesslichen Vater, Schwiegervater, Grossvater, Schwager und Onkel, den

Maschinenfabrikanten

Carl Bremicker

nach langem, schweren Leiden, im beinahe vollendeten 74. Lebensjahre, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bremickerhof b. Kierspe, Höferhof, Heiligenhaus und Felderhof, den 25. März 1923.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 28. März, nachmittags 4 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Kranzspenden sind im Sinne des Entschlafenen verbeten.
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Evangel. Kirchengemeinde Halver.

Einladung zur
Sitzung der größeren Gemeinde-Vertretung
im Konfirmandensaale am **Donnerstag, den 29. März,** nachm. 3 Uhr.
Tagesordnung:
Haushaltsplan. Kirchensteuer. Verschiedenes.
Wenn diese Sitzung nicht beschlußfähig ist, findet an demselben Tage um 6 Uhr nachm. eine neue statt, die auf alle Fälle beschlußfähig sein soll.
Halver, den 26. März 1923
Der Vorsitzende: D. Dresbach

Amt Halver. Fleischverkauf.
Am **Mittwoch, den 28. ds. Mts.,** nachmittags 3 Uhr gelangt in der Wirtschaft **E. Müller, Schalksmühle**
minderwertiges Rindfleisch
zum Verkauf. Preis 1500 Mk. je Pfund.
Halver, den 26. März 1923. Der Amtmann.

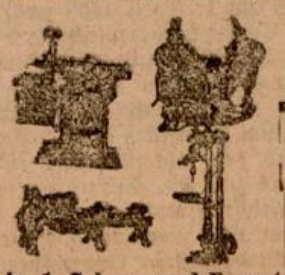
Bekanntmachung.

Das Wassergeld wird vom 1. 4. 1923 an allgemein auf 50.— Mk. je cbm und für gewerbliche Abnehmer auf 40.— Mk. erhöht.
Kierspe, 21. März 1923. Der Amtmann.

Zum 15. 4. 23.
Mädchen
gesucht. Auf Wunsch kann nebenher täglich 4 Stunden Fabrikarbeit nachgegangen werden.
Amtmann Hiltebrandt, Kierspe.

Gartensamen
Ia. Qualität
empfiehlt
Albert Niebuhr,
Gartenbaubetrieb,
Halver, Berlinerstraße 33

Ein Waggon
Mais
(Perlmais)
angekommen
Ernst Stahlschmidt,
Landesprodukte,
Meinerzhagen.
Telefon 246.



Sofort ab Lager lieferbar:
Neue Werkzeug-Maschinen
je 1 Schwungrad-Exzenterpresse, 10, 15, 25, 30 und 45 t Druck,
Shapingmaschinen, 150, 200, 300, 350, 400, 500, 550 und 650 mm Hub,
etwa 75 Tisch- und Säulenschnellbohrmaschinen, 10—60 mm Leistung,
Drehbänke mit Leit- und mit Leit- und Zugspindel, 150—300 mm Spitzenhöhe, 1—2 m Drehlänge,
1 Universal-Fräsmaschine, Tischgröße 1100×250 mm,
1 Horizontal-Fräsmaschine, Tischgr. 905×220mm,
ca. 15 Bügelsägemaschinen, 12—18“ Sägeblattl.
2 Hochleistungssägen „Arko“ für 140 mm Material.
1 Hochleistungsgewindeschneidmaschine „Concordia“, bis 2½“,
4 Gewindeschneidmaschinen „Viktoria“ 1, 1¼, 1½“
etwa 20 Werkzeug- und Universalwerkzeugschleifmaschinen,
Stauchmaschinen für Radreifen, 120 u. 160 mm,
1 Kraftschere für 8 mm Bleche,
etwa 300 Hebelblechscheren und Lochstanzen für 3—15 mm Bleche,
je 2 Bandsägen, 600, 700 und 750 mm Rollendurchmesser,
etwa 500 Schlosser-, Parallel- und Maschinenschraubstöcke,
etwa 500 Drehbank- u. Bohrfutter, Planscheiben.
Gebraucht:
1 Shapingmaschine (deutsch. Modell) 300 mm Hub,
je 1 Abstechbank, 80 und 100 mm (Biernatzki),
je 1 Doppel-Shapingmaschine (Lange & Geilen), 450 mm Hub, 3000 mm Hobellänge, 4000 kg,
6 Revolverbänke, 32 u. 36 mm Spindeldurchm.
etwa 12 Drehbänke, 150—300 mm, 1—2 m,
1 Einscheiben-Schnelldrehbank (Breuer, Schumacher), 320×1500 mm 5600 kg,
1 Kopierfräsmaschine, 1100×500 Tisch, ca. 3000kg,
1 Härteofen (Halbgasgenerator), für Koksfeuer-, Glühr. 800×300×200 mm, 3700 kg,
1 Wandbohrmaschine, bis 80 mm bohrend,
1 Ständerbohrmaschine, bis 50 mm, ca 2000 kg,
1 Kraftstanze, Stahlguß, à 800 kg, mit Rädervorgelege 20 in 13 mm loch.,
je 1 Trägerschere für NP 14 und 18.
Lagerbesichtigung erbeten.
Uebernahme freiwerdender Werkzeugmaschinen.
Maschinenfabrik Alfred Natorp,
Inh.: **Adolf Klinke,** 2045
Haspe, (Westfalen),
Fernsprecher Amt Hagen 350 und 351.

Habe stets auf Lager:
Große Auswahl in:
Herren-Anzüge
„ Hosen
„ Paletots
„ Schlüpfer
„ Lodenjoppen
usw.
Damen-Kleider in Wolle u. Voal
Damen-Mäntel
Kostüm-Röcke
Woll- und Seiden-Jumper, Stoff-Blusen
usw.
Paul Schulte,
Herren- und Damen-Konfektion,
Halver i. W., Obernherweg Nr. 1.